

# Schönburger Tageblatt

## und Waldenburger Anzeiger

Erscheint werktäglich Nachmittags. Bezugspreis monatlich im voraus 1.80 RMZ frei ins Haus. Einzelne Nr. 10 R.-Pfg., Sonntags-Nr. 30 R.-Pfg. Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 15 R.-Pfg. von außerhalb des Bezirkes 20 R.-Pfg., 3 gesp. Reklamezeile 45 R.-Pfg., Hinweise auf Anzeigen und Eingefandte 10 R.-Pfg., Nachweise und Offertengebühr 20 R.-Pfg., Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, kirchliche u. Gemeinde-Belehrungen ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Altenburgerstr. 33. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wollenburg bei Herrn Linus Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dähler; in Siegelhelm bei Fr. Schmidt, Postagentur.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Im Falle einer Gewalt, Krieg, Streik, Ausperrung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder unserer Anstalten, bei der Druckerei keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung ohne Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernschreiber angelegenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Sugleich weit verbreitet in den Ortsgemeinschaften der Standesamtsbezirke Altwaldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohndorf, Falken, Grumbach, Raufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Siegelhelm.

Nr. 258

Mittwoch, den 5. November 1930

53. Jahrgang.

## Der Reichshaushaltplan für 1931 umfaßt 10,4 Milliarden.

Der Reichspräsident empfing gestern den deutschen Gesandten in Wien Graf Verchenfeld.

Bei der Einweihung des neuen Dresdner Reichsbankgebäudes hielt Reichsbankpräsident Dr. Luther eine Rede über wirtschaftspolitische Fragen.

Der Reichsrat begann heute mit der Beratung des Finanzprogramms.

Der Reichskanzler forderte in einer Unterredung mit dem Chefredakteur des „Petit Parisien“ Abrüstung und Tributrevision.

Stegerwald wurde nach London berufen.

Im preussischen Landtag gelangen heute die Mißtrauensanträge gegen Sebering zur Verhandlung.

Der Aufstieg des „Do X“ mußte gestern abermals verschoben werden.

Vor dem Breslauer erweiterten Schöffengericht findet ein Nießenbetrugsprozeß gegen 205 Angeklagte statt.

Bei den Gemeindevahlen in England tritt die Arbeiterpartei einen empfindlichen Rückschlag.

In Sofia fand am Sonntag eine Glückwunschparade statt, an der 200.000 Menschen teilnahmen.

Die türkische Regierung erklärte ihre Zahlungsunfähigkeit.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika finden heute die Wahlen zum Repräsentantenhaus statt.

Waldenburg, 4. November 1930.

Reichskanzler Dr. Brüning hat einem Redakteur des „Petit Parisien“, der kürzlich in Berlin weilte, eine Unterredung gewährt, in der er sich in bemerkenswerter Weise über Deutschlands Außenpolitik ausließ. Eingangs bezeichnete er als höchstes Ziel seiner Politik die Erringung der nationalen Freiheit sowie der moralischen und materiellen Gleichberechtigung unter Ablehnung aller Abenteuer. Als eine Etappe auf diesem Wege begrüßte der Reichskanzler die Rheinlandräumung, die nur größere Möglichkeiten bieten könne, die Friedensbeziehungen zu Frankreich weiter auszubauen. Der Kanzler fuhr dann fort:

Wenn nun gerade in der letzten Zeit ein gewisser Rückschritt in der Entwicklung unserer Verhältnisse zueinander eingetreten zu sein scheint, so ist das wohl mit darauf zurückzuführen, daß verschiedene innerpolitische Vorgänge und Ereignisse eine Beurteilung und Wertung in Frankreich gefunden haben, die nur in einem bölligen Mißverständnis der eigentlichen Ursachen und Zusammenhänge ihre Erklärung finden kann. Nicht Haß und Kriegsdrohung sind aus den Wahlurnen des 14. September hervorgegangen, sondern der Ausdruck eines tiefbedrückten und doch starken Volkes, das um seine nationale Zukunft ringt. Die Stimmen, die wir aus Frankreich hören, bringen fast übereinstimmend eine Enttäuschung zum Ausdruck, daß die Konzessionen, die Frankreich durch Erleichterung der Reparationen und durch vorzeitige Räumung gemacht zu haben glaubte, in Deutschland nicht genügend gewürdigt würden. Darin liegt eine Verleumdung der möglichen Auswirkung dieser vereinbarten Maßnahmen. Frankreich überließ die Schwere der deutschen Wirtschaftsnote, die alle eingetretenen Zahlungserleichterungen weit überwog, und verstand daher nicht, daß die Minderung der Reparationslasten nicht die erwartete wirtschaftliche und politische Entspannung brachte.

Ein halbes Jahr nach dem Inkrafttreten des Young-Plans sind bereits allwärts Diskussionen über die Möglichkeit seiner Durchführung entstanden. Frankreich als Hauptgläubiger muß einsehen, daß keine deutsche Regierung ihrem Volke eine Milliardenschuld, die in ihrer Gesamtheit immer wieder als drückend empfunden wird, durch die an sich begrüßenswerte Ermäßigung um einige 100 Millionen tragbarer erschein lassen kann. Wenn gleichzeitig die schwersten Wirtschafts- und Finanzkrisis dazu zwingt, mehrere Milliarden neue Steuern und Lasten aufzuerlegen, ist es selbstverständlich, daß jede deutsche Regierung sich es selbstverständlich zur Abwehr von Gefahren für Wirtschaft und Währung zur Verfügung stehenden Maßnahmen offen halten muß, für den Fall, daß sich die Voraussetzungen für die Erfüllungen dieser Zahlungen

nicht einstellen sollten. Andererseits scheint uns die Enttäuschung Frankreichs über die angeblich nicht genügende Anerkennung der vorzeitigen Rheinlandräumung nicht gerechtfertigt. Die immer wieder hinausgeschobene Entscheidung hat die Wirkung und den Eindruck dieser lang erwarteten Maßnahme, die zudem nicht ohne neue Härten und Belastungen vor sich ging, sehr abgeschwächt.

Dr. Brüning kam dann auf die Sicherheits- und Abrüstungsfrage zu sprechen, wobei er den bekannten deutschen Standpunkt darlegte. Insbesondere betonte er, daß man angesichts eines entwaffneten Volkes, dessen Grenzen nach allen Richtungen offen sind und das von waffenstarrden Nachbarn umgeben ist, nicht immer von neuem die Forderung nach Sicherheit dem rechtmäßigen Verlangen nach Abrüstung entgegenstellen kann, ohne die Unantastbarkeit fester eingegangener Verträge anzuzweifeln, deren Urheber zu sein gerade Frankreich sich zu rühmen weiß.

Zum Schluß wies der Reichskanzler darauf hin, daß viele Fragen, deren Lösung vertraglich vorgesehen sei, noch nicht bereinigt, ja, zum Teil noch nicht einmal ernstlich in Angriff genommen worden seien. Solange dieser unmaritimen Zustand dauere, werde Deutschland mit allen ihm zu Gebote stehenden friedlichen Mitteln auf eine Aenderung hinzuwirken versuchen und nach wie vor mit seinen berechtigten Ansprüchen hervortreten, deren Ausgleich, weit entfernt Beunruhigung hervorzurufen, zur Förderung des Friedens dienen wird.

Der „Petit Parisien“ gibt zu diesen Ausführungen Dr. Brüning einen Kommentar, in dem es u. a. heißt: „Die Politik des Reiches werde nach einem jetzt anerkannten Ausdruck der internationalen Sprache „revisionistisch“ sein. Sei sie es nicht stets gewesen? Die Politik Frankreichs, wie die der meisten Unterzeichner der Verträge, sei antirevisionistisch und werde es bleiben. Sei zwischen diesen beiden Gegensätzen nicht für eine friedliche Zusammenarbeit und aufrichtige Verständigung Platz? Gewiß, wenn Brüning und seine Nachfolger sich des wahren Interesses Deutschlands bewußt seien und wenn Deutschland selbst seine Ohren den Ausrufen der Toren und Verbacher verschließen, die es zu Abenteuern verleiten wollten. Zu Beginn seiner Ausführungen spreche Brüning von „lokalen“ Erfüllung der internationalen Verträge“ und von „friedlicher Zusammenarbeit der Völker“. Daran müsse man sich halten, davon dürfe man nicht abgehen.“

Offenbar stellt sich der „Petit Parisien“ die von ihm erhoffte Verständigung so vor, daß Frankreich und seine Freunde antirevisionistisch bleiben, während Deutschland „in lokaler Erfüllung der internationalen Verträge“ auf Revision verzichtet. Damit dürfte er aber den Reichskanzler kaum richtig verstanden haben. Die Verständigung ist vielmehr nur auf dem Wege zu erzielen, daß Frankreich seinen antirevisionistischen Standpunkt aufgibt. Ansätze zu dieser Erkenntnis sind auch in Frankreich vorhanden, wie die jüngsten Aufsätze Gustave Hervés erkennen lassen. Der „Petit Parisien“ scheint sich aber noch nicht so weit durchgerungen zu haben, nach ihm wird Frankreich antirevisionistisch bleiben.

### 10,4 Milliarden-Stat.

Der neue Reichshaushaltsplan für 1931.

Berlin, 3. November.

Der Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1931/32, der jetzt den Reichsrat beschäftigt, schließt im ordentlichen Etat mit 10,4 Milliarden Mark in Einnahmen und Ausgaben. Der außerordentliche Haushalt sieht Aufwendungen in Höhe von 237 773 000 Mark vor. Die für den 1. April geplante 6prozentige Kürzung der Beamtengehälter ist im Entwurf des Haushaltsplans bereits berücksichtigt.

Der Reichspräsident hat bekanntlich ebenso wie die Reichsminister auf 20 Prozent seines Gehalts verzichtet. Sein Gehalt erscheint daher im Haushalt mit 48 000 Mark, wozu 120 000 Mark Aufwandsgehalt treten. Im Haushalt des Reichstags haben die Aufwandsentschädigungen trotz des Zuwachses an Abgeordneten eine Verringerung um rund 300 000 Mark infolge der Diätenkürzung erfahren.

Im Haushalt des Auswärtigen Amtes betragen die fortdauernden Ausgaben rund 56 Millionen gegenüber 60 Millionen im Jahre 1930. Die Ausgabenverringeringung ist durch eine Kürzung der Auslandsbezüge erreicht worden.

Im Haushalt des Reichsinnenministeriums werden als erste Rate für die Vorbereitung der Präsidentenwahlen im Frühjahr 1932 100 000 Mark angefordert.

Im Haushalt des Reichsarbeitsministeriums sind die Mittel für die Krisenfürsorge mit Rücksicht auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes um 100 Millionen auf 400 Millionen erhöht worden.

Die Mittel für den Notstand der Reichsanstalt sowie der Reichszuschuß und die Darlehen an die Reichsanstalt sind im Wegfall gekommen, da der Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben auf Grund der neuen Finanzvorlage der Reichsregierung neu geregelt werden soll. Der Wohnungsfürsorgefonds ist von 6,5 auf 3 Millionen Mark herabgesetzt worden. Für die Kleinrentnerfürsorge sind wie im Vorjahr 35 Millionen Mark vorgesehen.

Im Haushalt des Reichswehrministeriums ist eine Ausgabenlenkung um insgesamt 7 Millionen vorgesehen, und zwar 4,5 Millionen für das Heer, 2,5 Millionen für die Marine. Der 1930 begonnene Abbau der Heeresleitung wird fortgesetzt. Insgesamt sollen 397 Beamte, Offiziere, Angehörige, Unteroffiziere und Mannschaften eingespart werden.

Im Haushalt des Reichsernährungsministeriums sind wiederum 7,5 Millionen wie im Vorjahre für die Bewegung der Getreideernte vorgesehen. Für Zinsverbilligung für Bodenverbesserungen sind 4,5 statt bisher 2 Millionen eingesetzt. Die Mittel zur Zinsverbilligung für die Milchwirtschaft sind gegenüber dem Vorjahr sogar verzehnfacht, sie sollen 1,5 Millionen ausmachen.

Im Haushalt des Reichsverkehrsministeriums fällt der Reichswasserschiffbau vom 1. April an fort, da ihn zu diesem Zeitpunkt die Länder übernehmen. Es sind nur noch Zuschußzahlungen an Preußen und Sachsen veranschlagt worden. Für die Luftfahrt sind rund 39 Millionen Mark vorgesehen, wovon etwa 19 Millionen zur Förderung des öffentlichen Luftverkehrs durch die Luft Hansa bestimmt sind. In dem Betrage sind auch 1,1 Millionen Mark für Versuchsfahrten des Zeppelin-Luftschiffs enthalten.

Einer der größten Haushalte ist der für Versorgung und Ruhegehälter mit einer Gesamtausgabe von 1,65 Milliarden Mark. Gegenüber dem Vorjahre hat der Haushalt eine Kürzung um 96 Millionen erfahren.

Der Kriegslastenhaushalt fordert für die Unterstützung der Frankenempfänger an der Saargrenze 5 Millionen Mark an gegenüber 7,5 im Vorjahre. Auch die

### Mittel für die Döhlse

werden in diesem Haushalt angefordert, und zwar sind insgesamt etwa 90 Millionen Mark vorgesehen. Als restliche Besatzungs- und Räumungskosten sind 7,4 Millionen Mark in den Haushalt eingesetzt gegenüber noch 48 Millionen im Vorjahre. Andererseits werden durch die Räumung des besetzten Gebiets bei den Besatzungszulagen und anderen Maßnahmen 1,4 Millionen gespart.

### Der Schiffsbauerplan bis 1936

Ist auf Wunsch des Reichstags dem Etat als Anlage beigefügt. Er sieht u. a. vor, daß das Panzerschiff „Ersatz Preußen“ (Gesamtkosten 75 Millionen Mark) auf den Deutschen Werken in Kiel 1932 fertig wird. Panzerschiff „Ersatz Lothringen“ (73 Millionen Mark) soll 1931 auf der Marinewerft begonnen, 1934 fertiggestellt, „Ersatz Braunschweig“ 1932 begonnen und 1936 fertiggestellt, „Ersatz Eisack“ 1934 begonnen werden. Der auf der Marinewerft im Bau befindliche Kreuzer „Leipzig“ soll 1931 fertig werden und insgesamt rund 42 Millionen kosten. Vier Reservezerstörer sollen 1934 bis 1936, fünf Bewachungsfahrzeuge für 2,9 Millionen 1931 bis 1932